

„Das ist Anmaßung, Staat zu spielen“

Macht, Ego, Narzissmus: Wenn prominente Multimillionäre Steuern hinterziehen, hat das oft etwas mit dem Gefühl von Unantastbarkeit zu tun, sagt der Steuerpsychologe Erich Kirchner

INTERVIEW: THOMAS BALBIERER

S Z: Herr Kirchner, gibt es Menschen, die gerne Steuern zahlen?

Erich Kirchner: Zumindest behaupten das einige. Die Höhe der Steuer kann zum Beispiel als Bestätigung gesehen werden, gut gewirtschaftet zu haben. Steuerzahlen muss auch gar nicht als schmerzhaft empfunden werden: Manchen gelingt es, mental Buch zu führen und das Geld bereits im Kopf auf verschiedenen Konten zu parken. Dann hat man sich innerlich schon getrennt und erlebt die Steuern nicht als Verlust. Die Liebe zu Steuern ist vielleicht nicht allzu groß, aber der Schmerz kann gelindert werden.

Wenn es um die Zahlungsbereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern geht, fällt oft der Begriff „Steuermoral“. Muss man ein moralischer Mensch sein, um bei der Steuererklärung ehrlich zu sein?

Sie müssen kein ehrlicher oder moralischer Mensch sein, um Steuern zu zahlen. Wenn der Staat Sie mit effizienten und häufigen Kontrollen sowie unter Androhung von saftigen Strafen dazu zwingt, wird er Sie beugen können. Die Frage ist, ob diese Härte auch im Sinne von Gesell-

schaft und Politik ist. Wahrscheinlich nicht. Sinnvoller erscheinen mir Strategien, die freiwillige Kooperation fördern. Dazu ist statt purem Eigennutz aber auch eine grundsätzlich moralische und gesellschaftsorientierte Haltung der Bürger notwendig.

Die meisten Menschen haben beim Blick auf die Abzüge auf ihrem Lohnzettel keine Freudentränen in den Augen, zahlen ihre Abgaben aber dennoch. Dann gibt es Menschen, die gezielt Steuern hinterziehen oder rechtliche Schlupflöcher nutzen, um möglichst wenig zu zahlen. Was unterscheidet sie?

Tendenziell können fünf Motivationsmuster ausgemacht werden. Die Forschung unterscheidet einerseits zwischen Menschen, die ihre Steuern freiwillig und korrekt bezahlen, weil sie sich entweder dem Staat und der Gesellschaft verpflichtet fühlen oder sich dem staatlichen Zwang unterworfen haben. Die sagen: „Ich hab' keine andere Chance, ich muss Steuern zahlen, also zahl' ich sie, Schwamm drüber.“ Steuerhinterzieher andererseits werden in drei Typen unterteilt: Die einen sehen sich vom Staat losgelöst, die anderen sind widerständig, weil sie die Staatsgewalt nicht akzeptieren und sich von der Gesellschaft entfernt haben. Dann gibt es noch die Spieler: Sie sehen die Steuerpflicht als Herausforderung, die strategisch angegangen wird: Wo kann ich was rausholen? Wo kann ich etwas riskieren? Wo wird es gefährlich?

Wo ordnen Sie Menschen ein, die ihr Vermögen in komplexen Firmenkonstruktionen in Steueroasen bunkern?

Das ist akribische Spielerei, positiv ausgedrückt. Ich finde das höchst fragwürdig, um nicht zu sagen kriminell. Die Frage ist nur: Wer sind die Schuldigen? Sind es die, die Gesetzeslücken nutzen? Mühsen nicht der Gesetzgeber und die Staatsgemeinschaft in die Pflicht genommen werden? Es kann doch nicht sein, dass es Gesetzeslücken gibt, die aggressive Steuerermüdung erlauben, und es Jahre braucht, bis sie geschlossen werden. Das

muss mit mangelnder politischer Motivation zusammenhängen. Dass sich die G 7 endlich auf eine Mindeststeuer für Konzerne geeinigt haben, wird als große Errungenschaft gefeiert, und das ist es auch, aber war das nicht schon längst fällig gewesen?

Beim Stichwort Spieler kommt einem auch der Fußballmanager Uli Hoenes in den Sinn. Er versteckte Millionen aus Börsengeschäften jahrelang auf einem Konto in der Schweiz, 2013 flog er auf. Hoenes bezeichnete die Tat als „große Torheit“. War er einfach nur dumm?

Zum Einzelfall kann ich nichts sagen, da ich die Person nicht näher kenne. Es kommt aber häufiger vor, dass sich gerade Menschen in hohen Positionen, mit hohem Ansehen und Einfluss unantastbar fühlen. Sie sind anfällig für Selbstüberhöhung und geben sich einer Kontrollillusion hin: Niemand kann mir etwas anhaben. Viel Ego, viel Autonomie, viel Macht – das sind günstige Voraussetzungen, sich auch mal über das Gesetz hinwegzusetzen. Nicht selten kommt auch ein Schuss Narzissmus und Zynismus hinzu. So ein Verhalten baut sich auch Schritt für Schritt auf. Erst wenn es publik wird, merkt man plötzlich, wie weit man sich vom Gesetz entfernt hat.

Hoenes ist nicht der einzige prominente Steuerhinterzieher der vergangenen Jahre, auch internationale Top-Fußballer wie Cristiano Ronaldo oder Lionel Messi wurden wegen millionenschweren Steuerbetrugs verurteilt. Was bringt Multimillionäre zu solchen Straftaten?

Ich würde nicht wagen zu sagen, dass die prominenten, reichen, erfolgreichen Idole der Gesellschaft ganz besonders zu Steuerhinterziehung neigen. Sie stehen im Fokus der Öffentlichkeit, und das kriminelle Verhalten einzelner Promis fällt uns besonders auf. Doch es gibt auch ganz alltägliche Steuerhinterziehung. Zum Beispiel der Restaurantbesuch oder die Taxirechnung, die privat sind, aber als Geschäftsausgabe in die Steuererklärung wandern. Das ist gesellschaftlich einigermaßen akzeptiert.

Ronaldo und Messi konnten nach der Verurteilung ihre Profikarriere ungebrochen fortsetzen. Hoenes wurde nach seiner Haft noch einmal Präsident beim FC Bayern. Vergisst die Gesellschaft Steuersünden besonders schnell?

Der Aufschrei ist groß, rutscht aber schnell in das gesellschaftliche Vergessen. Wir sehen das auch bei anderen Skandalen. Emotionen kühlen ab, neue Nachrichten überlagern die alten. Steuerkriminalität wird oft anders beurteilt als andere kriminelle Taten, weil wir sie nicht als ein uns verübt erleben – obwohl wir als Staatsbürger ja die Leidtragenden sind. Diebstahl oder Gewalt an Menschen ist konkret vorstellbar, unverzeihlich. Selbst wenn Ihnen der Nachbar die Rosen im Garten zerstört, ist das ein Drama, das vielleicht für eine jahrelange Fehde am Gartenzaun sorgt. Doch je abstrakter ein Verbrechen, umso weniger berührt es uns.

In Deutschland wird Hartz-IV-Betrag vor Gericht härter bestraft als ein Steuerverbrechen in identischer Schadenshöhe – obwohl Steuerbetrug insgesamt ein vielfach größeres Loch in die Staatskasse reißt. Genießen Steuerhinterzieher in der Gesellschaft mehr Verständnis als Sozialbetrüger?

Ja, es scheint so. Wenn ich Hartz-IV-Betrag begehe, werde ich stärker gesellschaftlich verurteilt als bei Steuerhinterziehung. Die Psychologie dahinter: Wer Steuern hinterzieht, gibt nicht ab, was vermeintlich ihm gehört. Gesetzlich ist das anders vereinbart, aber es gibt gute Rechtfertigungsgründe. Wer jedoch Sozialbe-

trug begeht, nimmt, was ihm nicht gehört. Lügen sind unanständig, aber Diebstahl ist inakzeptabel. Selbst wenn unser Kopf weiß, dass Steuerhinterziehung einen viel größeren gesellschaftlichen Schaden anrichtet als Sozialhilfebetrug, fühlt unser Herz das anders.

Müssten Steuerdelikte härter bestraft werden?

Eine Strafe wirkt nur dann, wenn sie als solche empfunden wird. Ich glaube, Hoenes war nicht glücklich im Gefängnis – aber sind Gefängnisstrafen für Steuerbetrug in der Gesellschaft akzeptiert? Reputation könnte ein Thema sein. Denken Sie an die aggressive Steuervermeidung von Starbucks vor einigen Jahren in England. Der Konzern hat dort jahrelang gewirtschaftet, aber nie Steuern gezahlt, weil offiziell keine Gewinne anfielen. Als das öffentlich wurde, boykottierten Kunden das Geschäft, Starbucks pilgerte schnell zum Finanzamt, um zu zahlen und aus den negativen Schlagzeilen zu kommen. Aber Strafen fielen aufgrund von geschickten, aber legalen Konstruktionen nicht an. Blaming and shaming war eine wesentlich härtere Strafe, als es finanzielle Sanktionen gewesen wären.

Was heißt das für die Gestaltung der Strafen?

Es gab ein Feldexperiment in israelischen Kindergärten. Das Personal klagte bei der Geschäftsführung, ständig Überstunden machen zu müssen, weil die Eltern ihre Kinder notorisch zu spät abholten. Die Geschäftsleitung hat dann mit Forschern in der Hälfte der Kindergärten eine Strafe für zu spätes Abholen eingesetzt, in der anderen Hälfte wurde nichts geändert. Im Schnitt kamen die Eltern in allen Einrichtungen mindestens 10 Minuten zu spät. Dort, wo die Strafe von zehn Schekel (etwa 2,6 Euro, Anm. d. Red.) bei einer Verspätung von zehn Minuten eingesetzt wurde, kamen die Eltern nun plötzlich um Doppelte zu spät. Die Strafe war nicht hoch genug. Sie war ein Preis, den die Eltern gerne gezahlt haben, um sich ohne schlechtes Gewissen verspäten zu dürfen.

Viele prominente Steuerhinterzieher weisen auf ihr karitatives Engagement. Hoenes sagte, er habe „weit mehr“ als den hinterzogenen Betrag gespendet, und bezeichnete sich als „sehr sozialen Mensch“. Wie viel hat Steuerbetrug auch mit Selbstbetrug zu tun?

Einzelne Reiche wollen selbst entscheiden, wie ihre Steuern ausgegeben werden

Selbstbetrug ist in vielfältiger Weise leicht möglich. Ich bin überzeugt, dass jemand glaubt, sein Gewissen reinzuwaschen und Spenden erinnert und sagt: Ich bin gar nicht so geldgierig, ich geb's ja her. Schön, nur das ist nicht im Sinne unserer Gesellschaft. Hier treffen Repräsentanten des Volkes Entscheidungen über Investitionen für die Gesellschaft: Bildung, Gesundheit, Infrastruktur. Und da kann es nicht sein, dass einzelne Reiche ihre Steuern nicht zahlen und stattdessen selbst entscheiden wollen, wie das Geld ausgegeben wird. Das ist Anmaßung, Staat zu spielen.

Der italienisch-österreichische Wirtschaftspsychologe Erich Kirchner, Jahrgang 1954, erforscht seit mehr als 20 Jahren das Steuerverhalten von Individuen und Gesellschaften. Er ist Fellow am Wiener Institut für Höhere Studien und war bis zu seinem Ruhestand Universitätsprofessor an der Universität Wien.

Die Pandora Papers zeigen, dass die Kölner Entwicklungsbank Kredite an Geldhäuser in jenem lateinamerikanischen Land vergab, das nicht erst seit der Veröffentlichung der Pandora Papers mit Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Finanzkriminalität in Verbindung gebracht wird. Bei der Europäischen Kommission kam Panama wegen mangelnder Kooperationsbereitschaft in Sachen Steuerflucht sogar auf die schwarze Liste. Von Panama, urteilte die EU einmal, gehe eine „Gefahr“ für das Finanzsystem der Union aus. Die Financial Action Task Force, ein internationales Gremium zur Bekämpfung unter anderem von Geldwäsche, stellte „strategische Schwachstellen im Gesetzeswesen, Rechtsvollzug und im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismus-Finanzierung“ bereits 2014 fest. Gemeint sind damit unweigerlich auch die panamaischen Banken.

Seit jenem Jahr hätten elf Banken in Panama Geldern von ihr erhalten, erklärt die DEG auf SZ-Anfrage, insgesamt beliefen sich die von Deutschland gewährten Kredite demnach auf rund eine Viertelmilliarde Dollar. An einem Geldinstitut hatte sich die Entwicklungsbank sogar einige Jahre lang selbst beteiligt. Wie passt all das zusammen? Die Erklärung der DEG lautet, man habe die Darlehen vergeben, damit die Banken wiederum kleinen und mittleren Unternehmen in Panama unter die Arme greifen könnten. Eine der Banken helfe außerdem Menschen mit kleinem Einkommen, sich eine Wohnung zu finanzieren. Nicht zuletzt habe man auch den Geldhäusern selbst helfen wollen: Es habe sich gezeigt, „dass in den mitfinanzierten Banken seit den Investitionen der DEG Tausende qualifizierte Arbeitsplätze neu geschaffen wurden“, erklärt die Bank.

Der Finanzexperte und Ex-Grünen-Politiker Gerhard Schick, der jetzt die Organi-



„Entwicklungspolitischen Nutzen“ sollen die Kredite der staatlichen Bank haben, heißt es aus dem Ministerium von Gerd Müller (CSU).

FOTO: FLORIAN GAERTNER/PHOTOTHEK/IMAGO

Entwicklungshilfe für Steueroasen

Die staatliche Entwicklungsbank DEG vergibt ihre Kredite an Banken in Panama. Davon profitierte auch ein Geldhaus, das wegen Geldwäsche Strafe zahlte

VON PETRA BLUM UND KRISTIANA LUDWIG

Die Entwicklungshilfe ist jener Bereich in der deutschen Politik, in dem es ausschließlich um das Gute gehen soll: Bildung für alle, Gesundheit, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit. Die DEG, das deutsche Entwicklungsgeld in ärmere Länder – oder beauftragte die staatseigenen Entwicklungsbanken, denjenigen auf der Welt mit Krediten zu helfen, die es aus eigener Kraft nicht schaffen.

Eine dieser Banken ist die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft, kurz DEG. Mit vielen Milliarden ausgestattet, soll sich das Kölner Institut „ausschließlich in Projekten, die entwicklungspolitisch sinnvoll sowie umwelt- und sozialverträglich sind“, engagieren, heißt es beim Ministerium. Das klingt gut. Doch die DEG, das zeigen nun die Pandora Papers, jene geleakte Daten von 14 Finanzdienstleistern aus verschiedenen Steueroasen, welche Süddeutsche Zeitung, NDR und WDR gemeinsam mit dem International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) ausgewertet haben, hat offenbar eine Schwachstelle. Und über diese fließen Millionen Euro in Steueroasen, unter anderem nach Panama.

Die Pandora Papers zeigen, dass die Kölner Entwicklungsbank Kredite an Geldhäuser in jenem lateinamerikanischen Land vergab, das nicht erst seit der Veröffentlichung der Pandora Papers mit Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Finanzkriminalität in Verbindung gebracht wird. Bei der Europäischen Kommission kam Panama wegen mangelnder Kooperationsbereitschaft in Sachen Steuerflucht sogar auf die schwarze Liste. Von Panama, urteilte die EU einmal, gehe eine „Gefahr“ für das Finanzsystem der Union aus. Die Financial Action Task Force, ein internationales Gremium zur Bekämpfung unter anderem von Geldwäsche, stellte „strategische Schwachstellen im Gesetzeswesen, Rechtsvollzug und im Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismus-Finanzierung“ bereits 2014 fest. Gemeint sind damit unweigerlich auch die panamaischen Banken.

Seit jenem Jahr hätten elf Banken in Panama Geldern von ihr erhalten, erklärt die DEG auf SZ-Anfrage, insgesamt beliefen sich die von Deutschland gewährten Kredite demnach auf rund eine Viertelmilliarde Dollar. An einem Geldinstitut hatte sich die Entwicklungsbank sogar einige Jahre lang selbst beteiligt. Wie passt all das zusammen? Die Erklärung der DEG lautet, man habe die Darlehen vergeben, damit die Banken wiederum kleinen und mittleren Unternehmen in Panama unter die Arme greifen könnten. Eine der Banken helfe außerdem Menschen mit kleinem Einkommen, sich eine Wohnung zu finanzieren. Nicht zuletzt habe man auch den Geldhäusern selbst helfen wollen: Es habe sich gezeigt, „dass in den mitfinanzierten Banken seit den Investitionen der DEG Tausende qualifizierte Arbeitsplätze neu geschaffen wurden“, erklärt die Bank.

Der Finanzexperte und Ex-Grünen-Politiker Gerhard Schick, der jetzt die Organi-

sation „Finanzwende“ leitet, ist entsetzt: „Wenn es so ist, dass deutsche Entwicklungshilfe dafür dient, Bankjobs in einer Steueroase wie Panama zu schaffen, macht mich das völlig sprachlos.“ Die DEG indes besteht darauf, dass sie für echte Verbesserungen Sorge, weil die kreditnehmenden Banken Umwelt- und Sozialstandards bei sich im Haus einführen und dokumentieren müssten.

Zweifel bleiben dennoch. Als 2017 eine Reihe panamaischer Banken wegen Geldwäscheverstößen bestraft wurde, entfiel das größte Bußgeld in Höhe von 300.000 Dollar ausgerechnet auf die Multibank – jenes Institut, an dem die DEG von 2013 bis 2020 mit rund sieben Prozent direkt beteiligt war. Auch der umstrittene deutsche Privatagent Werner Mauss hatte bei der Multibank ein geheimes Millionenkonto, unter seiner Scheinidentität „Claus Möllner“ – was erst durch die Pandora Papers ans Licht kam. Kurzum: Diese Bank ist nicht gerade ein Aushub an Vertrauenswürdigkeit. Die DEG gibt an, man informiere sich über mitfinanzierte Banken und könne, wenn man „systematische Verstöße“ feststelle, auch die Geschäftsbeziehung aufkündigen.

Auch der grüne Bundestagsabgeordnete Uwe Kekeritz, bisher in seiner Fraktion Sprecher für Entwicklungshilfe, hält diese Investitionen der DEG für hochproblematisch: Die Bank sei „inzwischen auf dem gesamten Globus so verwurzelt in Steueroasen und verhandelt mit Banken und auch teilweise dubiosen Firmen“, dass sich das kaum noch reformieren lasse. „Man müsste die DEG eigentlich auflösen oder radikal umstrukturieren“, sagt Kekeritz.

Diesen Eindruck stützen auch die Pandora Papers. Wenn die DEG mit Millionen aus Deutschland die Kapitalbasis der Geldhäuser in Panama stärkt, tut sie unweigerlich damit auch den Eigentümern dieser Banken etwas Gutes – und das sind oft die superreichen Eliten der ansonsten mit bitterer Armut kämpfenden lateinamerikanischen Länder. Einer, dessen Bank knapp 200 Millionen US-Dollar aus Köln bekam, ist Ramiro Ortiz Mayorga. Ihm gehört

Eine Entwicklungsbank, die Ungleichheit verschärft, statt sie zu lindern?

mehrheitlich die Promerica, die in Panama und vielen weiteren lateinamerikanischen Ländern vertreten ist. 2014 wollte Mayorga sich eine weitere Bank zulegen, dieses Mal in Ecuador. Viele internationale Geldhäuser liehen ihm Millionen Dollar für den Kauf. Auch die DEG beteiligte sich an der Kreditsumme, mit der die Promerica schließlich eine Bank in Ecuador übernehmen konnte. Am Ende komme das Geld aus Deutschland nur der Förderung der regionalen Unternehmen in Ecuador zugute, erklärt die DEG auf Nachfrage.

Einer der Unterverträge, die in den Pandora Papers enthalten sind und die Promerica mit ihren verschiedenen Kreditgebern schließen musste, spricht eine andere Sprache: Ramiro Ortiz Mayorga, der

Mehrheitseigentümer der Promerica, werde „einen erheblichen Nutzen aus den Darlehen ziehen“, heißt es darin. Mayorga ist kein Kleinunternehmer oder Mittelständler, sondern Milliardär. Vom Entwicklungsministerium heißt es dazu, man habe „keinerlei Hinweise“, dass sich Mayorga hier strafbar oder vertragswidrig persönlich bereichert habe.

„Eine große Gefahr besteht gerade in Ländern, die keine demokratischen Sozial- und Rechtsstaaten sind, dass solche Gelder dann den wenigen Vermögenden zugutekommen“, sagt Experte Schick. Eine deutsche Entwicklungsbank, die Ungleichheit verschärft, statt sie zu lindern?

Ein weiterer großer Geschäftspartner der DEG in Panama ist die Banesco, die insgesamt über die Jahre 75 Millionen Dollar erhielt. Sie gehört Juan Carlos Escotet, ebenfalls Multimilliardär. Auch er brauchte in den vergangenen Jahren viel Geld für Zukäufe weiterer Banken – allerdings kaufte er die gerne in den USA, etwa in Miami oder in Portugal. Ob die Mittel aus Deutschland auch für solche expansiven Strategien verwendet wurden? Die DEG pocht darauf, dass die tatsächliche Verwendung der Millionen von den jeweiligen Banken dokumentiert werden müsse, man überprüfe das regelmäßig. Doch auch auf wiederholte Nachfragen, welche Kleinunternehmer in Lateinamerika die Banesco denn nun eigentlich mit dem Geld aus Deutschland fördere, verweigert die Bank schlicht die Auskunft.

„Es scheint, als verschwinde das Geld einfach in einem schwarzen Loch.“

Roman Herre von der Hilfsorganisation Fian, die sich für Menschenrechte und gegen Hunger einsetzt, schaut mit einer Mischung aus Empörung und Frust auf die Verträge der DEG mit den panamaischen Banken – besonders auf den Absatz, über dem in dicken Buchstaben „Banking Secrecy“ steht – „Bankgeheimnis“. Er beobachtet schon länger, wie das Geldhaus, eine Tochter der KfW-Förderbank, Angebote über die Namen der Kleinunternehmer, die von ihren Krediten profitieren, verweigere. „Es scheint, als verschwinde das Geld einfach in einem schwarzen Loch.“

Die Liste der Multimillionäre oder Milliardäre, die sich in den vergangenen Jahren über DEG-Geld freuen konnten, ist lang. Angefangen bei der Private-Equity-Gesellschaft Abraaj von Arif Naqvi, einem der bekanntesten Entwicklungshilfe-Investoren des vergangenen Jahrzehnts, der mittlerweile wegen Finanzverbrechen verurteilt wurde. Oder der Mischkonzern Trustco in Namibia: Kaum machte die Firma Schlagzeilen, weil sie nicht mehr flüssig zu sein schien, wurden 20 Millionen US-Dollar DEG-Mittel zugesagt – unter anderem mit dem erklärten Ziel, „die Kapitalstruktur und Liquidität zu verbessern“. Der Mehrheitseigentümer, Quinton van Rooyen, ist dreistelliger Multimillionär.

Das Entwicklungsministerium kann in all dem kein Problem erkennen. Trustco habe schließlich auch Tausenden Menschen Fortbildungen bezahlt, bei Abraaj habe man auf die Einhaltung aller Regeln geachtet, und was die elf Banken in Panama betrifft – dorthin sei nie echtes Steuergeld geflossen, erklärt ein Sprecher. Trotzdem würde man natürlich prüfen, an wen die staatseigene Entwicklungsbank ihre Kredite vergibt und ob sie dem Wohl der Menschen und der Umwelt dienen. „Die DEG hält die gesetzlichen Vorschriften zur Vermeidung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung sowie von Steuervermeidung und -hinterziehung strikt ein“, heißt es. Lediglich der Umstand, dass die Bank noch bis zum vergangenen Jahr selbst an einem panamaischen Geldinstitut beteiligt war, das in dieser Zeit wegen Geldwäsche hohe Strafen zahlen musste, sei dem Ministerium neu, heißt es. Man habe von der DEG jetzt eine „restlose Aufklärung“ gefordert. Eine Antwort stehe noch aus.

Mitarbeit: Andreas Braun



Ego, Autonomie und Macht begünstigen, dass Menschen sich über Gesetze stellen, sagt Erich Kirchner.

FOTO: PICTURE ALLIANCE / ELKE MAYR